

Betroffenheit der baden-württembergischen Betriebe von der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 und ihre Anpassungsreaktionen

Eine Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg

**Olga Bohachova
Raimund Krumm**

Betroffenheit der baden-württembergischen Betriebe von der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 und ihre Anpassungsreaktionen

Eine Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg

Olga Bohachova

Raimund Krumm

1	Hintergrund und Ziel dieses Beitrags	2
2	Einordnung der Krisenjahre in die längerfristige Wirtschaftsentwicklung	3
2.1	Allgemeine Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung	3
2.2	Entwicklung und Gründe der Personalfuktuation	5
3	Betriebliche Betroffenheit durch die Finanz- und Wirtschaftskrise	7
3.1	Welche Betriebe waren von der Krise betroffen?	8
3.2	Wie stark hat sich die Krise auf die Betriebe ausgewirkt?	12
4	Personalpolitische Anpassungsreaktionen während der Krise	15
5	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.....	22
	Literaturverzeichnis.....	26
	Anhang: Zur Datenbasis – Das IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg.....	27

1 Hintergrund und Ziel dieses Beitrags

Während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 brach das reale Bruttoinlandsprodukt der baden-württembergischen Wirtschaft zuletzt (2009) um 7,1% ein. Dies ist ein in der Geschichte des Landes beispielloser Rückgang der Wirtschaftsleistung. Doch bereits 2010 konnte die baden-württembergische Wirtschaft schon wieder ein stattliches Wachstum von 5,5% vorweisen. Wie konnte es zu einer solch schnellen konjunkturellen Erholung kommen, da Rezessionen, die von Bankenkrisen und gegebenenfalls auch Immobilienkrisen ausgelöst werden, gemeinhin schwerer verlaufen und zudem länger anhalten als „sonstige“ Krisen?¹ Gleichzeitig ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Hauptkrisenjahr 2009 nur um 0,8% zurückgegangen und hat im Folgejahr schon wieder zugelegt. Vor diesem Hintergrund stellt sich unmittelbar die Frage, weshalb der Arbeitsmarkt nicht stärker von dieser Wirtschaftskrise betroffen war.

Die vorliegende Untersuchung befasst sich mit den damit zusammenhängenden Aspekten. Dabei geht es zum einen um die Frage, wie stark die baden-württembergischen Betriebe von dieser Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen waren und zum anderen, welche personalpolitischen Maßnahmen die Betriebe in die Wege geleitet haben, um mit den Auswirkungen der Krise fertig zu werden bzw. um ihr Arbeitsvolumen an die Auftrags- und Umsatzeinbrüche anzupassen. Damit geht es auch um mögliche Erklärungen dafür, dass der enorme Wertschöpfungsrückgang nur mit einem geringfügigen Personalabbau verbunden war. Hierzu liegt eine Reihe von Angaben aus der Welle 2010 des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg – einer jährlichen repräsentativen Umfrage von rund 1.200 südwestdeutschen Arbeitgebern – vor, die es erlauben, ein recht differenziertes Bild von den Reaktionsweisen der Betriebe zu zeichnen.

Diese Studie ist wie folgt aufgebaut: Kapitel 2 enthält einen Überblick über die Einordnung der Krisenjahre 2008-2009 in die längerfristige Wertschöpfungs- und Beschäftigungsentwicklung des Landes. In diesem Zusammenhang werden auch die Entwicklung und die Gründe der Personalfluktuation, und damit der Personaleinstellungen und -abgänge in baden-württembergischen Betrieben, behandelt. Bereits anhand dieser allgemeinen Zahlen werden die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 deutlich. Kapitel 3 betrachtet die Auswirkungen der Krise dann aus einzelbetrieblicher Sicht und nimmt eine differenzierte Analyse nach betrieblichen Merkmalen, insbesondere Betriebsgröße und Branche, vor. Im Kapitel 4 werden anschließend die personalpolitischen Reaktionen der Betriebe auf die jüngste Wirtschaftskrise dargestellt. Kapitel 5 fasst dann noch die wichtigsten Ergebnisse der Studie zusammen.

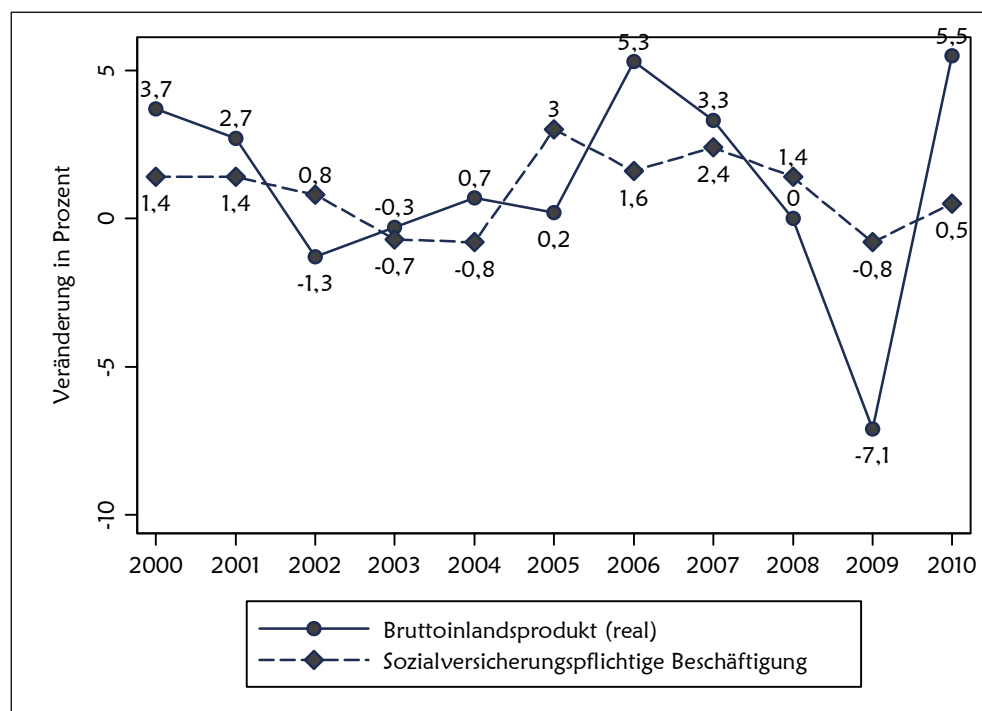
¹ Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2009), S. 69.

2 Einordnung der Krisenjahre in die längerfristige Wirtschaftsentwicklung

2.1 Allgemeine Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung

Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 führte in vielen Ländern zu einem der stärksten Einbrüche der wirtschaftlichen Leistung seit Jahrzehnten. Dies gilt in besonderem Maße für Baden-Württemberg. Nachdem im Jahr 2008 das reale Bruttoinlandsprodukt bereits stagnierte und den Wendepunkt nach vier Jahren positiven Wachstums markierte, brach die baden-württembergische Wirtschaftsleistung 2009 um nicht weniger als 7,1% ein (vgl. Abbildung 1). Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verzeichnete nach vier Jahren des Zuwachses nun einen Rückgang, und zwar von 0,8%. Bemerkenswert ist jedoch, wie schnell sich die baden-württembergische Wirtschaft wieder erholte. 2010 betrug das reale BIP-Wachstum 5,5% – der höchste Wert seit der Jahrtausendwende – und auch die Beschäftigung konnte um 0,5% zulegen. Bemerkenswert ist zudem, dass die vorherige Rezession in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends mit Rückgängen des realen Bruttoinlandsprodukts von „nur“ 1,3% (2002) bzw. 0,3% (2003) mit zeitlich verzögerten Beschäftigungsverlusten von immerhin 0,7% (2003) und 0,8% (2004) einher ging, während der Beschäftigungsabbau in 2009 (-0,8%) im Verhältnis zum Rückgang des realen BIP (-7,1%) sehr moderat ausfiel und sich sehr schnell wieder umkehrte.

Abbildung 1: Jährliche Veränderungen der Wirtschaftsleistung (reales BIP) sowie der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Baden-Württemberg (in %)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, IAW-Darstellung.

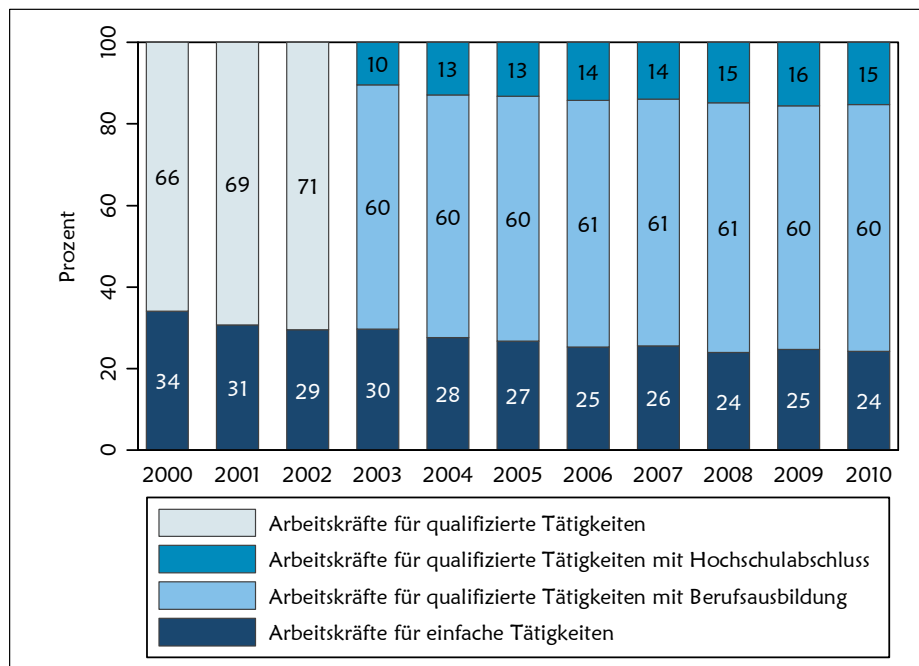
Wie es die aggregierten Wirtschaftszahlen in Abbildung 1 erwarten lassen, zeigen die Daten des IAB-Betriebspanels erhebliche Umsatzeinbrüche für das Geschäftsjahr 2009.² Darüber hinaus enthält das Panel in jeder Welle Informationen über Betriebsschließungen, -ausgliederungen und -ausgründungen für die vergangenen zwölf Monate (1. Juli – 30. Juni). Bei etwa 1% der baden-württembergischen Betriebe wurden Teile des Betriebes ganz geschlossen (im Vergleich zu 0,6% in der Welle 2009 und 0,8% in 2008). Aufgrund des sehr geringen Niveaus dieser Zahlen ist es allerdings nicht möglich, statistisch gesicherte Aussagen über den genauen Anstieg der Schließungen zu machen. Trotz einer Steigerungstendenz kann man dennoch kaum davon sprechen, dass Betriebsschließungen zwischen 1.7.2009 und 30.06.2010, wie auch in den 12 Monaten davor, krisenbedingt auffällige Ausmaße erreicht hätten. Der Anteil der Betriebe, die Ausgliederungen oder Ausgründungen im genannten Zeitraum erfahren haben, bewegt sich weit unter einem Prozent.

Bei der qualifikatorischen Struktur der Beschäftigung waren in Zusammenhang mit der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise keine wesentlichen Veränderungen zu beobachten (vgl. Abbildung 2). Seit der Jahrtausendwende sank der Anteil der Einfacharbeitsplätze an der Gesamtbeschäftigung von 34% auf 24%, während die qualifizierte Beschäftigung entsprechend zunahm. Zum 30. Juni 2010 hatten 60% der Beschäftigten einen Arbeitsplatz inne, der eine Berufsausbildung oder vergleichbare Berufserfahrung erfordert. Für die Ausübung von weiteren 15% der beruflichen Tätigkeiten ist ein abgeschlossenes (Fach)Hochschulstudium erforderlich. Im Jahr 2003, als die statistische Differenzierung zwischen akademischer und beruflicher Ausbildung im IAB-Betriebspanel erstmalig vorgenommen wurde, betrug die Akademikerquote lediglich 10%.

Seit 2008 sind die Anteile der verschiedenen Qualifikationsgruppen – von kleineren, statistisch weniger relevanten Verschiebungen von gerundet einem Prozentpunkt abgesehen – weitgehend konstant geblieben. Ein durchaus zu erwartender Rückgang der einfachen Beschäftigung im Zuge der Wirtschaftskrise zeigt diese deskriptive Analyse des IAB-Betriebspanels nicht, wobei beachtet werden sollte, dass der Anteil der Arbeitsplätze, die keine Berufsausbildung erfordern, bereits ein recht niedriges Niveau erreicht hat. Die allgemeine Tendenz hin zur höheren Qualifizierung dürfte sich jedoch weniger in Abhängigkeit von der Konjunktorentwicklung, sondern im Zuge des Strukturwandels und technologischen Fortschritts auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

² Da bei einem nicht unerheblichen Teil der Betriebe die Umsatzangaben fehlen, wird hier auf eine genauere (aggregierte) Darstellung der Umsatzentwicklung verzichtet.

Abbildung 2: Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Beschäftigung in Baden-Württemberg, Stichtag jeweils 30. Juni (Anteile der Beschäftigten in %)

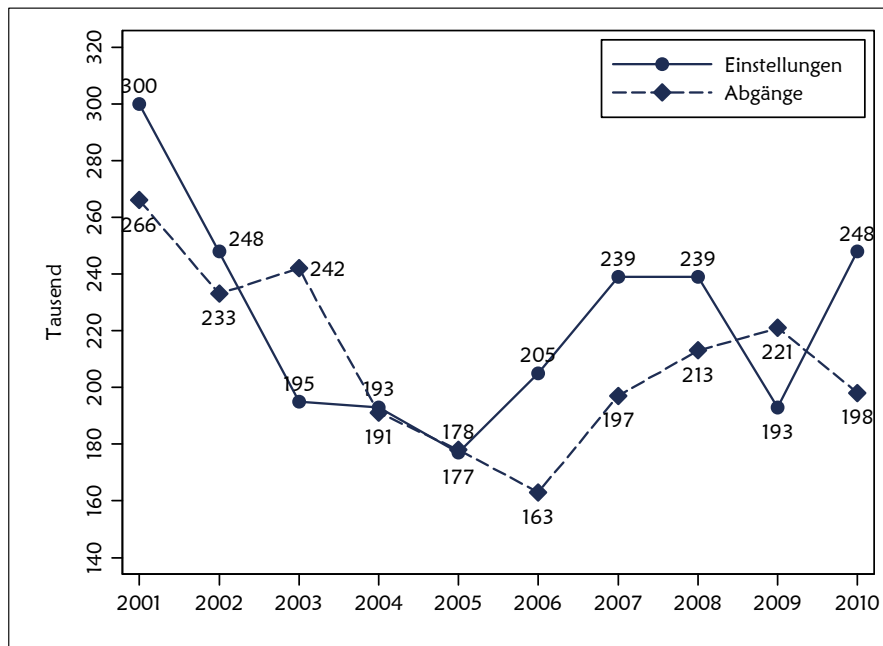


Quelle: IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg, Wellen 2000 bis 2010, IAW-Berechnungen.
Angaben ohne Auszubildende, Beamtenanwärter sowie tätige Inhaber, Vorstände, Geschäftsführer.
Aufgrund von Rundungsfehlern addieren sich die Prozentsätze nicht immer zu 100%.

2.2 Entwicklung und Gründe der Personalfuktuation

Eine deutliche Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 zeigen die unmittelbaren Personalbewegungen im betreffenden Zeitraum bei der Betrachtung der betrieblichen Neueinstellungen und Abgänge. Im IAB-Betriebspanel werden diese in jeder Welle für das 1. Halbjahr eines Befragungsjahres erhoben. Wie Abbildung 3 entnommen werden kann, war im 1. Halbjahr des Krisenjahres 2009 ein starker Rückgang bei den betrieblichen Einstellungsaktivitäten zu beobachten: Die Zahl der neu Eingestellten sank im Vergleich mit dem Vorjahr um 46 Tausend auf 193 Tausend. Währenddessen stieg die Zahl der Abgänge wie in den Jahren zuvor weiter an, und zwar auf 221 Tausend, womit der Saldo aus Personaleinstellungen und -abgängen für das 1. Halbjahr 2009 deutlich negativ ausfiel. Ähnlich starke Einbrüche bei der Zahl der Neueinstellungen waren im 1. Halbjahr 2002 und 1. Halbjahr 2003 zu beobachten, wobei sich allerdings nur 2003 auch ein negativer Saldo (Personaleinstellungen minus -abgänge) ergab. Dieser fiel mit einem Minus von 47 Tausend merklich höher aus als der des Jahres 2009 (mit 28 Tausend). Im Gegensatz zur Rezession in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts, war die Beschäftigungswirkung in der neuerlichen Krise also nicht so stark negativ – zudem zeigte sich eine schnellere Erholung: so gab es bereits im Jahr 2010 einen deutlichen Überschuss der Personaleinstellungen (248 Tausend) über die Personalabgänge (198 Tausend), und zwar im Umfang von 50 Tausend.

Abbildung 3: Zahl der Personaleinstellungen und -abgänge in baden-württembergischen Betrieben (in Tausend), jeweils 1. Halbjahr

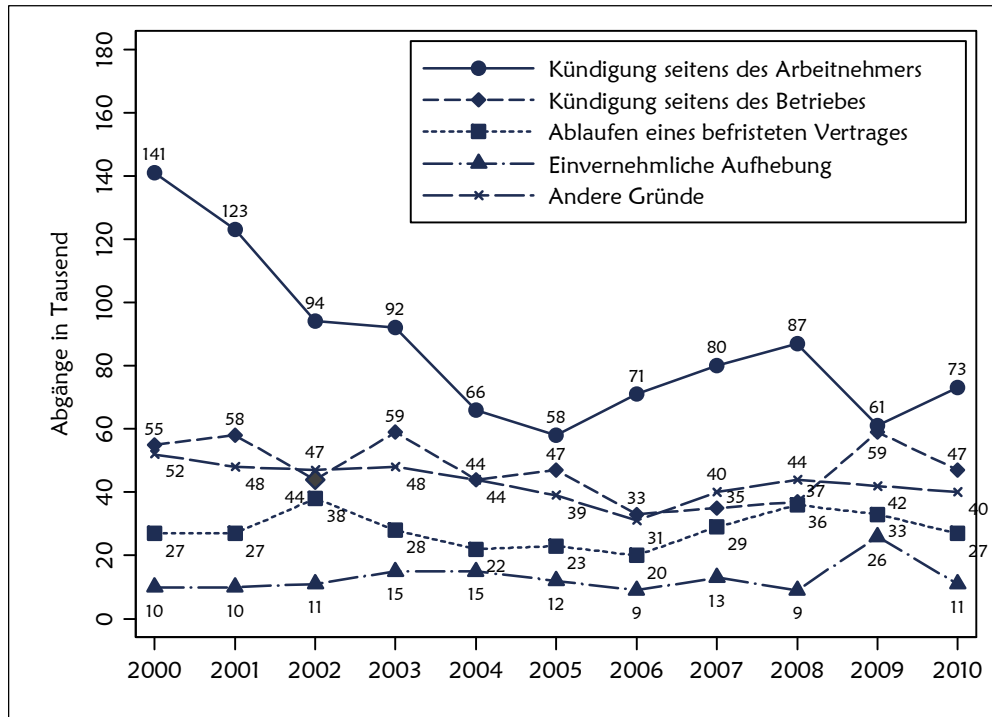


Quelle: IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg, Wellen 2001 bis 2010, IAW-Berechnungen.

Die Abgänge sollen nun differenzierter betrachtet werden, denn deren Anstieg stellt nicht zwingend eine Krisenerscheinung dar (vgl. bspw. das Hochkonjunkturjahr 2006), er kann auch überwiegend aus Arbeitnehmerentscheidungen (Arbeitsplatzwechsel) herrühren. So zeigen die Daten des IAB-Betriebspanels, dass Kündigungen seitens der Arbeitnehmer seit der Jahrtausendwende durchgängig der wichtigste Grund für die betrieblichen Abgänge darstellte (vgl. Abbildung 4). Lediglich 2009 schloss sich vorübergehend fast die „Schere“ zwischen den von Arbeitnehmern bzw. Arbeitgebern ausgesprochenen Kündigungen. Die Konjunkturabhängigkeit der betreffenden Aspekte ist jedoch deutlich daran erkennbar, dass in wirtschaftlich guten Zeiten die Zahl der Kündigungen seitens der Arbeitnehmer regelmäßig ansteigt und in Rezessions- bzw. Krisenzeiten deutlich fällt. Dies war auch im vorstehend erwähnten 1. Halbjahr 2009 der Fall: Hier wurden nur 61 Tausend Kündigungen von Arbeitnehmern initiiert; das war einer der niedrigsten Werte seit der Jahrtausendwende. Der Anstieg bei den arbeitgeberseitigen Kündigungen (von 37 Tausend im 1. Halbjahr 2008 auf 59 Tausend) war deutlich überdurchschnittlich. Auffallend ist für den betreffenden Zeitraum aber auch der sprunghafte Anstieg bei den einvernehmlichen Vertragsaufhebungen (von 9 auf 26 Tausend), die auch solche aufgrund eines Sozialplans beinhalten und grundsätzlich als Flexibilisierungsinstrument zur Reduktion des Arbeitsvolumens von den Arbeitgebern genutzt werden können. Bemerkenswert ist jedoch auch, dass die Entwicklung im 1. Halbjahr 2010 bei den Personalabgängen – beispielsweise mehr Kündigungen seitens der Arbeitnehmer und weniger arbeitgeber-

seitige Kündigungen – bereits eine Entspannung signalisiert und insgesamt ins Bild einer wirtschaftlichen Erholungsphase passt.

Abbildung 4: Gründe für Personalabgänge in baden-württembergischen Betrieben, Zahl der Abgänge (in Tausend), jeweils 1. Halbjahr



Quelle: IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg, Wellen 2000 bis 2010, IAW-Berechnungen.

3 Betriebliche Betroffenheit durch die Finanz- und Wirtschaftskrise

Neben der allgemeinen Beschäftigungsentwicklung, die die Effekte der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise bereits deutlich zeigt, enthält das IAB-Betriebspanel direkte Informationen darüber, ob und wie stark sich Betriebe von der Krise betroffen sahen. Dabei geht es im ersten Schritt um sämtliche – also sowohl negative als auch positive – Auswirkungen. Negative Effekte entstehen in erster Linie durch die Eintrübung der wirtschaftlichen Aussichten und durch Umsatzeinbußen, die Gewinn-, Wachstums- und Beschäftigungsbeeinträchtigungen nach sich ziehen. Aber auch positive Auswirkungen aufgrund der staatlichen Konjunkturpakete wie der Umweltpremie (umgangssprachlich: Abwrackprämie) in der Automobilindustrie oder sonstiger branchenspezifischer Fördermaßnahmen sind vorstellbar.³ Letzteres betrifft insbesondere das Baugewerbe, das nicht zuletzt

³ Da von der Abwrackprämie für Altfahrzeuge die Hersteller der Premiumklasse im Vergleich zu den Herstellern kleinerer Fahrzeuge nur unterdurchschnittlich profitiert haben dürften (vgl. Dispan/Koch/Krumm/Seibold 2011, S. 90) kann man davon ausgehen, dass zumindest die Endhersteller der baden-württembergischen Automobilindustrie weniger Vorteile von dieser konjunkturpolitischen Maßnahme hatten als andere Bundesländer. Gleichzeitig ist in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass es neben dem ge-

vom Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) des Bundes und von dem dieses ergänzenden Landesinfrastrukturprogramm (LIP) profitieren konnte. Das erstgenannte Maßnahmenbündel war Teil des im Frühjahr 2009 auf der Bundesebene verabschiedeten Konjunkturpakets II, während das Konjunkturpaket I bereits im Herbst 2008 beschlossen wurde.⁴

3.1 Welche Betriebe waren von der Krise betroffen?

Die Daten des IAB-Betriebspanels zeigen zunächst, dass die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 keineswegs flächendeckend waren. 43% der baden-württembergischen Betriebe sahen sich von der Krise betroffen, während knapp die Hälfte für sich keine Auswirkungen wahrnahm und ein weiteres Zehntel keine eindeutige Antwort geben konnte. Damit zeigt sich in Baden-Württemberg ein sehr ähnliches Bild wie in Westdeutschland und in der gesamten Bundesrepublik (vgl. Tabelle 1). Der Anteil der betroffenen Betriebe steigt mit der Betriebsgröße und erreicht bei Betrieben ab 250 Beschäftigten etwa 60%. Angesichts der größeren Exportorientierung und der internationalen Vernetzung bei großen Firmen ist dieses Ergebnis in Bezug auf die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise, die ihren Ursprung in den USA hatte und sich global ausgebreitet hat, gut nachvollziehbar.

samtwirtschaftlich positiven Effekt der Umweltprämie aber auch konkrete Verlierer dieser Maßnahme gab, nämlich die Reparaturwerkstätten (vgl. Sachverständigenrat 2009, Tz 347).

⁴ Vgl. De la Croix/Macek (2010), S. 24.

Tabelle 1: Hatte die Finanz- und Wirtschaftskrise Auswirkungen⁵ auf Betriebe in Baden-Württemberg? – differenziert nach Betriebsgröße und Branche (Anteile der Betriebe in %)

	ja	nein	schwer zu sagen
Bundesrepublik Deutschland	42	49	10
Westdeutschland	43	47	9
Baden-Württemberg	43	48	10
1-4 Beschäftigte	42	47	11
5-19 Beschäftigte	42	49	9
20-99 Beschäftigte	46	47	7
100-249 Beschäftigte	54	36	10
250-499 Beschäftigte*	61	35	4
500 u. mehr Beschäftigte*	59	30	11
Verarbeitendes Gewerbe	54	38	7
Schlüsselbranchen	62	30	8
Sonstiges Verarbeitendes Gewerbe	50	44	7
Baugewerbe*	42	51	7
Handel, Reparatur von Kfz	53	37	10
Dienstleistungen	40	51	9
Wirtschaftliche/wissenschaftliche DL	41	49	11
Gesundheits- u. Sozialwesen	17	74	9
Sonstige DL	50	41	8
Öffentlicher Dienst u.a., Erziehung/Unterricht	18	69	13
Handwerk	47	47	7

Quelle: IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg 2010, IAW-Berechnungen, Infratest.

* Eingeschränkt statistisch belastbar aufgrund geringer Fallzahlen.

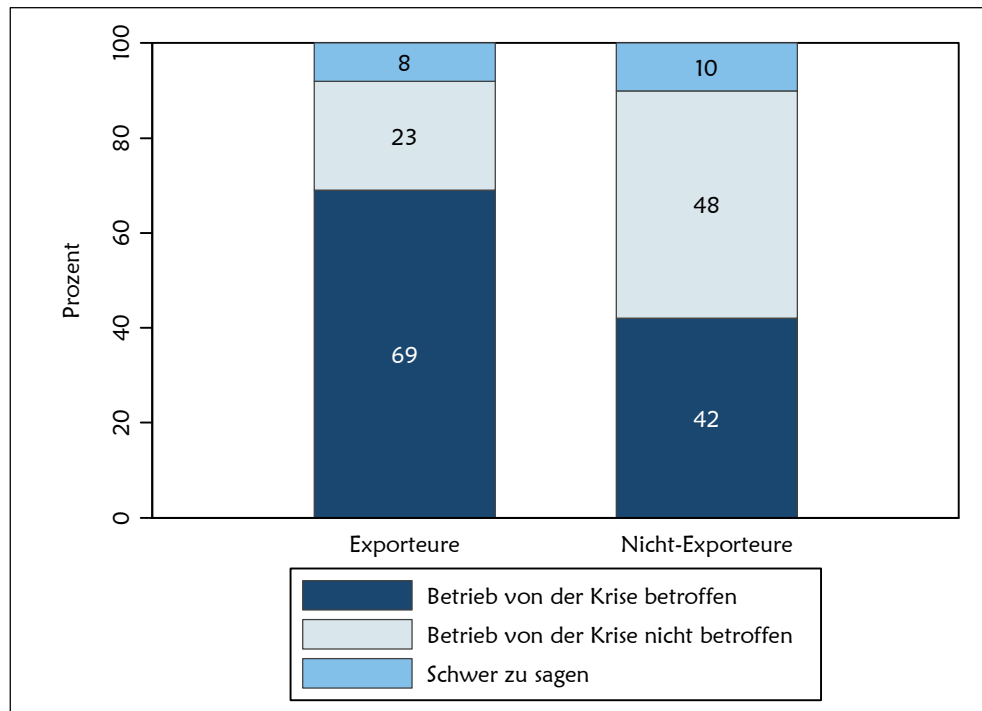
Man sieht einen gewissen Größeneffekt auch bei der Branchenaufschlüsselung: Mit Abstand am stärksten wurden von der Krise die „Schlüsselbranchen“⁶ des baden-württembergischen Verarbeitenden Gewerbes betroffen (62%), die mehr große, international agierende Betriebe als die anderen Branchen haben. Auch im Sonstigen Verarbeitenden Gewerbe berichtete die Hälfte der Betriebe über Auswirkungen der Krise. Ebenfalls überdurchschnittlich (53%) ist der Anteil der betroffenen Betriebe im Handel und in der Reparatur von Kraftfahrzeugen, was auf stark fallende Konsumausgaben insbesondere für größere Anschaffungen in Krisenzeiten zurückzuführen ist. Der Dienstleistungssektor war im Durchschnitt weniger betroffen (40%), insbesondere im wenig konjunkturreaktiven Gesundheits- und Sozialwesen (17%).

⁵ Auf mögliche Ausprägungen der betrieblichen Auswirkungen der betreffenden Finanz- und Wirtschaftskrise – negative, aber auch positive – wird zu Beginn von Abschnitt 3 eingegangen.

⁶ Die sog. „Schlüsselbranchen“ umfassen die beschäftigungsstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes: Maschinenbau, Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, Herstellung von Metallerezeugnissen, Datenverarbeitungsgeräten u. a. sowie elektrischen Ausrüstungen.

Neben Branchen- und Betriebsgrößenaufschlüsselung macht das IAB-Betriebspanel eine Analyse in Zusammenhang mit anderen betrieblichen Merkmalen möglich. Da es sich um eine einfache deskriptive Darstellung handelt, werden dabei lediglich Schlüsse über mögliche Zusammenhänge und nicht direkt über Ursache und Wirkung gezogen.⁷

Abbildung 5: Betroffenheit der baden-württembergischen Betriebe von der Finanz- und Wirtschaftskrise – differenziert nach der Exportorientierung (Anteile der Betriebe in %)



Quelle: IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg 2010, IAW-Berechnungen.

Wie in einer globalen Wirtschaftskrise zu erwarten, waren exportorientierte Betriebe viel stärker von der Krise betroffen als die nur im Inland tätigen Unternehmen (vgl. Abbildung 5).⁸ Über Zwei Drittel der baden-württembergischen Exporteure, also ein weit überdurchschnittlicher Prozentsatz im Vergleich zu allen Betrieben, machte Auswirkungen der Krise geltend. Diese Betriebe dürften in erster Linie unter dem simultanen Nachfrageeinbruch im In- und Ausland gelitten haben. Die ausgeprägte Exportorientierung der deutschen Wirtschaft wird generell als einer der wichtigsten Gründe für den

⁷ Dafür wäre eine multivariate Untersuchung erforderlich, die den Rahmen dieser kurzen Studie sprengen würde.

⁸ Exportierende baden-württembergische Betriebe wären umsatz- und damit auch wertschöpfungsmäßig in noch stärkerem Maße von der Wirtschaftskrise betroffen gewesen, wenn diese nicht in großem Stil vor allem auch ausländische Vorleistungen beziehen würden, so dass ein Teil der konjunkturellen Anpassungslasten auf ihre ausländischen Lieferanten „abgewälzt“ wurde. So ist nach IAW-Berechnungen (Krumm/Strotmann (2009), S. 28) für das Jahr 2006 davon auszugehen, dass damals 42,9% des baden-württembergischen Exportwertes auf ausländische Wertschöpfung, insbesondere auf so genannte Vorleistungsimporte, zurückzuführen waren.

starken Einbruch der Wirtschaftsleistung in Deutschland in Zeiten der jüngsten Wirtschaftskrise angeführt. Dies gilt in noch stärkerem Maße für Baden-Württemberg.⁹

Fast neun von zehn baden-württembergischen Betrieben (88%), die sich von der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen sahen – und damit etwas mehr als im westdeutschen sowie bundesweiten Durchschnitt (85%) – beschreiben die Auswirkungen dieser Krise als überwiegend negativ (vgl. Tabelle 2). Positive Effekte, die etwa von Konjunkturpaketen ausgehen könnten, überwiegen lediglich bei 5% der südwestdeutschen Betriebe; weitere 7% erlebten positive und negative Auswirkungen in etwa gleichem Maße. Unterschiede zwischen den Betriebsgrößenklassen sind dabei eher unsystematischer Natur und bewegen sich durchweg im einstelligen Prozentbereich. Bei der Branchenaufschlüsselung zeigen sich dagegen größere Unterschiede zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor. 95% der Industriebetriebe, die Auswirkungen der Krise bei ihrer Geschäftstätigkeit spürten, haben unter diesen eher gelitten; bei den baden-württembergischen Schlüsselbranchen waren es sogar 97%. Auch im Handel und in der Reparatur von Kraftfahrzeugen – dem Absatzmarkt für die Automobilindustrie – waren 91% der Betriebe überwiegend negativ betroffen. Im Dienstleistungssektor äußerte immerhin fast jeder zehnte Betrieb, das Verhältnis aus positiven und negativen Effekten der Krise wäre ausgewogen, für weitere 5% waren die Auswirkungen sogar überwiegend positiv. Am meisten waren positive Effekte im Baugewerbe zu spüren (15%), jedoch sind diese Angaben aufgrund des geringen Stichprobenumfangs mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet. Allerdings wird die geringere negative Betroffenheit des Baugewerbes durch die Krise auch durch andere Untersuchungen belegt. Hintergrund dürfte hier insbesondere der positive Einfluss sein, den die vom Bund und vom Land aufgelegten Konjunkturprogramme für die Bauwirtschaft hatten.¹⁰

⁹ Vgl. hierzu Arndt/Krumm (2011), die nicht nur den Einfluss des Außenhandelskanals auf die baden-württembergische Wirtschaftsentwicklung untersuchen, sondern auch die Relevanz anderer internationaler „Konjunktur-übertragungs- bzw. Transmissionskanäle“, konkret des Aktienmarkt- und des Stimmungskanals, analysieren.

¹⁰ Vgl. hierzu etwa De la Croix/Macek (2010).

Tabelle 2: Art der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf baden-württembergische Betriebe – differenziert nach Betriebsgröße und Branche (Anteile der Betriebe in %)

	überwiegend negativ	überwiegend positiv	beides in etwa gleichem Maße
Bundesrepublik Deutschland	85	7	8
Westdeutschland	85	7	8
Baden-Württemberg	88	5	7
1-4 Beschäftigte	89	4	7
5-19 Beschäftigte	85	7	7
20-99 Beschäftigte	90	4	6
100-249 Beschäftigte*	88	6	6
250-499 Beschäftigte*	89	4	7
500 u. mehr Beschäftigte*	87	3	11
Verarbeitendes Gewerbe	95	1	5
Schlüsselbranchen	97	1	3
Sonstiges Verarbeitendes Gewerbe*	93	1	6
Baugewerbe**	79	15	7
Handel, Reparatur von Kfz	91	3	6
Dienstleistungen	86	5	9
Handwerk	87	6	7

Basis: Betriebe, die von Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen sind.

Quelle: IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg 2010, IAW-Berechnungen, Infratest.

* Eingeschränkt statistisch belastbar aufgrund geringer Fallzahlen.

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise für südwestdeutsche Betriebe waren ganz überwiegend negativ. Nichtsdestotrotz könnten die krisenbedingten Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit für unterschiedliche Branchen, Betriebsgrößen oder einzelne Betriebe in einem ganz unterschiedlichen Ausmaß erfolgt sein. Im nächsten Abschnitt wird nun gezeigt, *wie* stark die negativen Effekte der Wirtschaftskrise für die Betriebe in Baden-Württemberg waren und inwieweit sie sich bis Mitte 2010 von diesen Effekten bereits erholen konnten.

3.2 Wie stark hat sich die Krise auf die Betriebe ausgewirkt?

Die betrieblichen Einschätzungen der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 im IAB-Betriebspanel beinhalten unter anderem Angaben zur Stärke der negativen Effekte, die die Betriebe erfahren mussten. Diese wurde von den Befragten auf einer Skala von 1 (gering) bis 5 (sehr stark) eingestuft, soweit diese angegeben hatten, dass die Auswirkungen der Krise auf ihren Betrieb überwiegend negativ waren. Dabei wurde die Antwortoption „3“, also mittlere Stärke, am häufigsten gewählt: von 36% in Baden-Württemberg, 40% in Westdeutschland und 42% im bundesweiten Durchschnitt (vgl. Tabelle 3). Über starke (28%) oder sehr starke (14%) negative Auswirkungen berichten baden-württembergische Betriebe etwas häufiger als in (West)Deutschland insgesamt. Die meisten entsprechenden Bewertungen in diesem Bereich finden sich unter Großbetrieben und in

den Schlüsselbranchen des baden-württembergischen Verarbeitenden Gewerbes. Nur selten (6%) schätzten die Befragten die Beeinträchtigungen durch die Krise als geringfügig ein. Der Dienstleistungssektor wurde von der Krise unterdurchschnittlich stark betroffen: Immerhin wählten annähernd zwei Drittel der Dienstleister die Antwortkategorien 1, 2 oder 3. Auch die durchschnittliche negative Betroffenheitsstärke ist in diesem Sektor mit 3,2 am geringsten, wobei die Größenunterschiede dieser durchschnittlichen Einschätzung zwischen den Branchen nicht allzu sehr variieren (von 3,2 bis 3,8 – letztere bei den Schlüsselbranchen). Da der Stärkewert bei allen Branchen das mittlere Kategorienniveau von 3 übersteigt, so kommt dadurch eine tendenziell überdurchschnittliche Betroffenheit von der Krise zum Ausdruck.

Tabelle 3: Wie stark (negativ) waren baden-württembergische Betriebe von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen? (auf Skala von 1 bis 5)

	1 (gering)	2	3	4	5 (sehr stark)	durchschnittliche Stärke
Bundesrepublik Deutschland	5	17	42	25	12	-
Westdeutschland	4	17	40	26	12	-
Baden-Württemberg	6	16	36	28	14	3,3
1-4 Beschäftigte*	8	12	36	27	17	3,3
5-19 Beschäftigte	4	19	36	29	12	3,3
20-99 Beschäftigte	7	20	39	22	11	3,1
100-249 Beschäftigte*	4	17	36	32	12	3,3
250-499 Beschäftigte*	5	1	28	33	33	3,9
500 u. mehr Beschäftigte**	0	17	32	34	17	3,5
Verarbeitendes Gewerbe	1	8	42	28	21	3,6
Schlüsselbranchen	0	7	33	30	29	3,8
Sonstiges Verarbeitendes Gewerbe*	2	9	49	25	14	3,4
Dienstleistungen	6	16	41	24	13	3,2
Handwerk	4	12	45	27	13	3,3

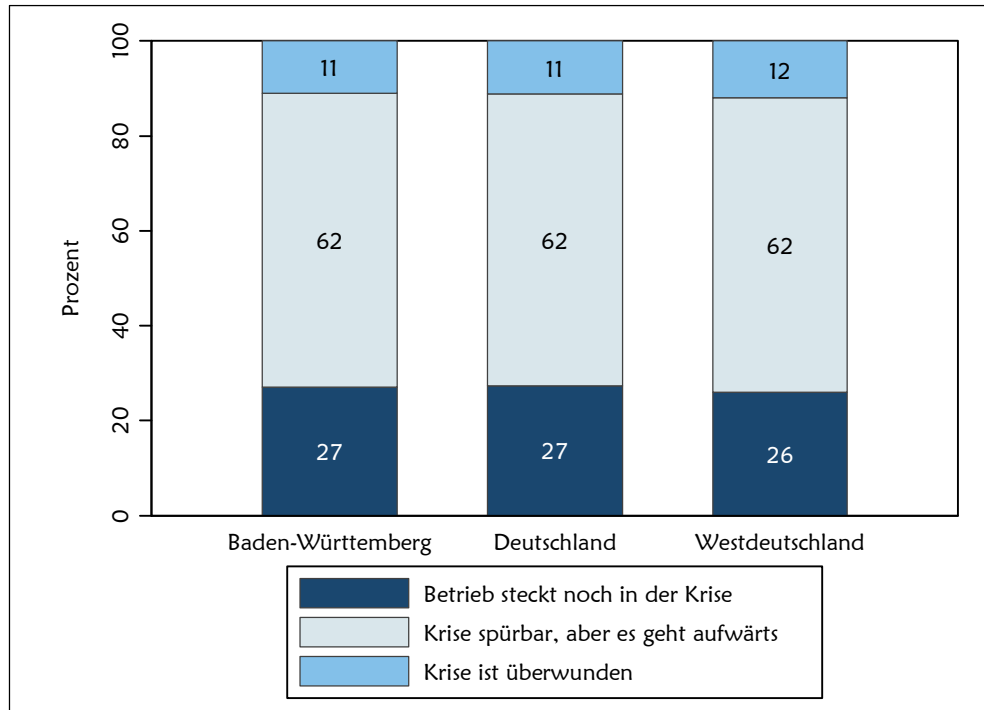
Basis: Betriebe mit überwiegend negativen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2010, IAW-Berechnungen, Infratest.

Obwohl die negativen Effekte der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09, insbesondere in einigen Bereichen, ziemlich stark ausgefallen sind, was auch am Einbruch der Wirtschaftsleistung des Landes (vgl. Abbildung 1) deutlich zu sehen war, so waren diese Effekte im Vergleich mit der vorangegangenen Rezession eher kurzfristiger Natur. Im Sommer 2010 hat jeder zehnte Betrieb (11%), der negative Auswirkungen der Krise erleiden musste, die Krise bereits überwunden, weitere 62% waren auf dem Erholungspfad (vgl. Tabelle 4). Ein Viertel der baden-württembergischen Betriebe (27%) hat jedoch auch seine aktuelle Situation (zum Befragungszeitpunkt im Sommer 2010) als immer noch krisenhaft bezeichnet. Damit entsprachen die betrieblichen Einschätzungen der wirtschaftlichen Situation in Baden-Württemberg dem west- sowie gesamtdeutschen Bild (vgl. Abbildung 6). Bedenkt man, dass die südwestdeutschen Firmen eine etwas stärkere negative Betroffenheit von der Krise zum Ausdruck brachten (vgl. Tabelle 3), so kann eine weitgehend gleiche – überwiegend posi-

tive – Einschätzung der wirtschaftlichen Situation am aktuellen Rand als Zeichen für eine etwas schnellere Erholung der baden-württembergischen Wirtschaft interpretiert werden.

Abbildung 6: Wirtschaftliche Situation der Betriebe, Sommer 2010 (Anteile der Betriebe in %)



Basis: Betriebe mit überwiegend negativen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2010, IAW-Berechnungen, Infratest.

Die vollständige Überwindung der Krise bis zum Sommer 2010 gelang 9% der baden-württembergischen Kleinbetriebe mit weniger als 20 Mitarbeitern, während in anderen Betriebsgrößenklassen deutlich mehr Betriebe (zwischen 14% bis 31%) bereits vor dem Befragungszeitpunkt im Sommer 2010 die Krise überstanden hatten (vgl. Tabelle 4). Entsprechend umgekehrt verhält es sich bei den Betrieben, die zum Befragungszeitpunkt noch in der Krise steckten: Knapp ein Drittel der Kleinbetriebe und nur 10% bis 18% bei größeren Betrieben.¹¹ Somit konnten sich die größeren Betriebe tendenziell schneller von der Wirtschaftskrise erholen. Bei der Branchenaufschlüsselung fällt auf, dass die von der Wirtschaftskrise am stärksten (negativ) betroffenen Bereiche wie die industriellen Schlüsselbranchen am aktuellen Rand auch die stärksten Erholungstendenzen aufweisen: 16% haben die Krise im Sommer 2010 bereits vollständig überwunden und für 69% ging es immerhin wieder aufwärts. Da es sich bei diesen Schlüsselbranchen um Wirtschaftszweige mit starker Exportorientierung handelt, dürfte hier 2010 der Umstand positiv zu Buche geschlagen haben, dass sich nach dem starken Einbruch des Welthandels im Jahr 2009 dieser im Folgejahr wieder weitgehend erholt

¹¹ Eventuell sind diese Zahlen aufgrund geringen Teilstichprobenumfangs in den jeweiligen Betriebsgrößenklassen statistisch ungenau.

hatte¹², wovon gerade auch die baden-württembergischen Betriebe profitieren konnten. Auch im Handel und in der Reparatur von Kfz hatten überdurchschnittliche 16% der Betriebe die Krise bereits hinter sich. Aufgrund geringer Fallzahlen in den meisten Teilstichproben der Branchen ist ein genauer Vergleich dieser Zahlen jedoch nur eingeschränkt. Im Allgemeinen zu betonen ist ein weitgehend positives Bild hinsichtlich der Überwindung der Wirtschaftskrise im Land sowie offensichtlich in den Bereichen, die unter der Krise am meisten gelitten hatten.

Tabelle 4: Wirtschaftliche Situation in baden-württembergischen Betrieben im Sommer 2010: Inwiefern ist die Krise überwunden? – differenziert nach Betriebsgröße und Branche (Anteile der Betriebe in %)

	Betrieb noch in der Krise	Es geht wieder aufwärts	Krise ist überwunden
Baden-Württemberg	27	62	11
1-4 Beschäftigte*	30	60	9
5-19 Beschäftigte	27	64	9
20-99 Beschäftigte	18	60	22
100-249 Beschäftigte*	14	72	14
250-499 Beschäftigte*	10	59	31
500 u. mehr Beschäftigte**	18	68	14
Verarbeitendes Gewerbe	25	63	12
Schlüsselbranchen	15	69	16
Sonstiges Verarbeitendes Gewerbe*	33	58	9
Baugewerbe**	49	49	2
Handel, Reparatur von Kfz*	27	57	16
Dienstleistungen	23	68	9
Wirtschaftliche/wissenschaftliche DL*	30	54	16
Gesundheits- u. Sozialwesen**	13	76	11
Sonstige DL	21	74	4
Öffentlicher Dienst u.a., Erziehung/Unterricht**	32	51	16
Handwerk	22	73	5

Basis: Betriebe mit überwiegend negativen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Quelle: IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg 2010, IAW-Berechnungen.

4 Personalpolitische Anpassungsreaktionen während der Krise

Wie bereits in Kapitel 2 gesehen, hatte die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 Auswirkungen auf das Einstellungs- und Entlassungsverhalten der Betriebe sowie die Entwicklung der (sozialversicherungspflichtigen) Beschäftigung. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten können die Arbeitgeber aber auch personalpolitische Maßnahmen ergreifen, die zwar das Arbeitsvolumen an die Reduktion des Absatzes anpassen, gleichzeitig aber Personalabbau vermeiden. Das IAB-Betriebspanel erlaubt einen recht detaillierten Blick auf die in der jüngsten Wirtschaftskrise vollzogenen personalpolitischen

¹² Vgl. in diesem Zusammenhang etwa Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2010), S. 9.

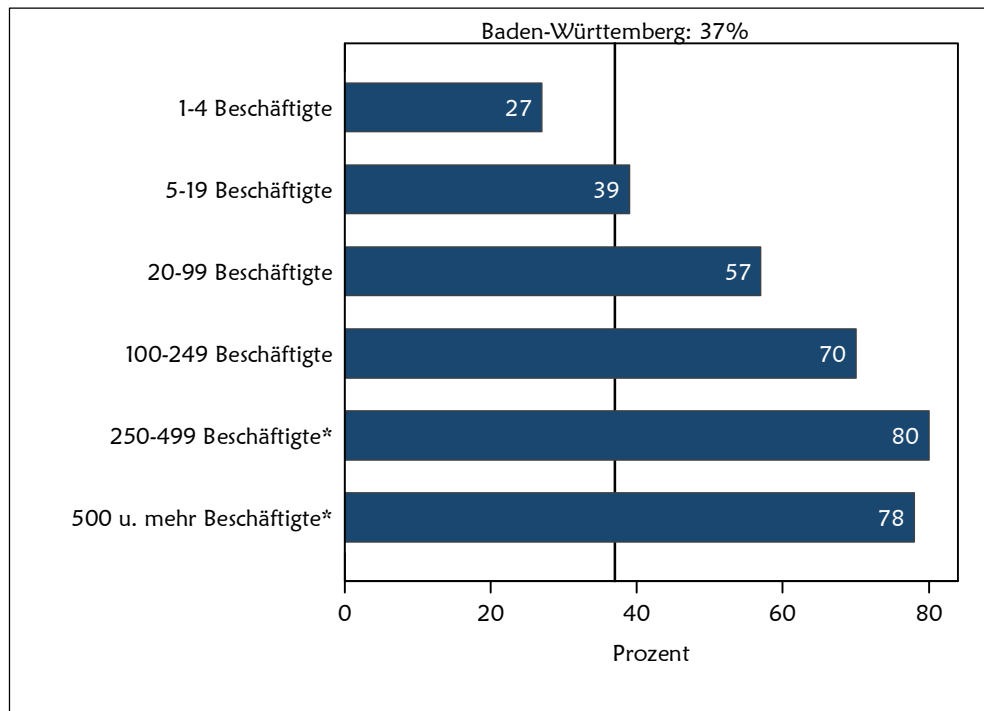
Reaktionen. In der Welle 2010 wurden die Arbeitgeber gefragt, ob von ihnen in den letzten zwei Jahren eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen durchgeführt wurden:

- gezielter Abbau von Überstunden oder Plusstunden – oder Aufbau von Minusstunden auf Arbeitszeitkonten,
- angeordnete Inanspruchnahme von Urlaub,
- Einsatz von Kurzarbeit,
- (zeitweise) Verkürzung der Arbeitszeit (nicht Kurzarbeit),
- gezielter Abbau von Leiharbeitskräften,
- gezielter Abbau befristeter Beschäftigung,
- verstärkte Freistellung für Qualifizierungsmaßnahmen und Weiterbildung,
- eingeschränkte Übernahme von Ausbildungsabsolventen,
- Nicht-Wiederbesetzen frei werdender Stellen,
- Zurückstellen einer geplanten Personalaufstockung,
- betriebsbedingte Kündigungen,
- sonstige personalpolitische Maßnahmen zur Reduzierung des Arbeitsvolumens.

In Baden-Württemberg haben 37% der Betriebe mindestens eine dieser Maßnahmen in den letzten zwei Jahren vor dem Befragungszeitpunkt ergriffen (vgl. Abbildung 7), während, wie oben gesehen, knapp die Hälfte der Betriebe über Auswirkungen der Krise auf ihre Geschäftstätigkeit berichtet hatte. Somit hat die Krise, obwohl ihre Auswirkungen im Südwesten ganz überwiegend negativ und überdurchschnittlich stark waren, nicht flächendeckend personalpolitische Reaktionen ausgelöst. Dazu kommt, dass einige Betriebe, die auf diese Maßnahmen in den letzten zwei Jahren zurückgegriffen haben, dies nicht als Reaktion auf die Wirtschaftskrise, sondern aus betriebsinternen Gründen getan haben (mehr dazu weiter unten).

Die Verbreitung von personalpolitischen Maßnahmen zur Reduzierung des Arbeitsvolumens in Krisenzeiten steigt deutlich mit der Betriebsgröße: Jeder vierte Kleinstbetrieb, aber bereits acht von zehn Großbetrieben ab 250 Beschäftigten berichten über den Einsatz solcher Maßnahmen (vgl. Abbildung 7). Der Zusammenhang mit der Betriebsgröße kommt einerseits dadurch zustande, dass die Großbetriebe auch von der Wirtschaftskrise stärker betroffen waren (vgl. Kapitel 3). Andererseits verfügen größere Betriebe i.d.R. über komplexere Organisations- und Planungsformen in der Personalarbeit und letztendlich auch über größere personelle Ressourcen als die Kleinbetriebe, womit die Wahrscheinlichkeit für den Einsatz jeglicher personalpolitischer Maßnahmen mit der Betriebsgröße entsprechend ansteigt.

Abbildung 7: Anteil der baden-württembergischen Betriebe, die personalpolitische Maßnahmen zur Reduktion des Arbeitsvolumens in Krisenzeiten ergriffen haben – differenziert nach Betriebsgröße (in %)

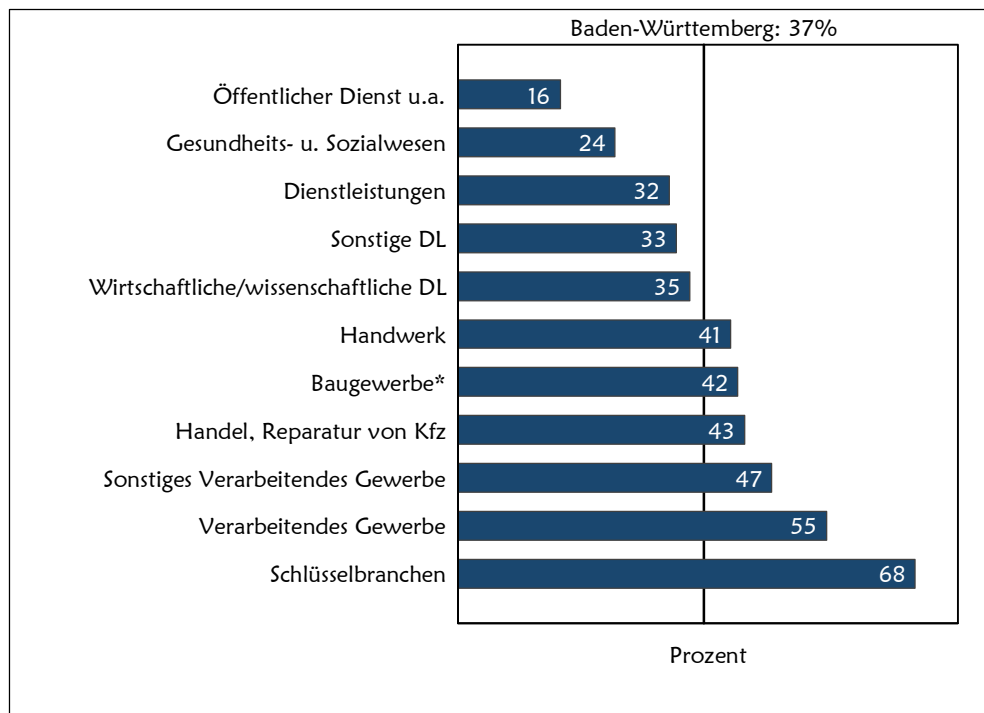


Quelle: IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg 2010, IAW-Berechnungen.

* Eingeschränkt statistisch belastbar aufgrund geringer Fallzahlen.

Sowohl der Größen- als auch der „Kriseneffekt“ sind in der nachfolgenden Branchenaufschlüsselung erkennbar. Die Schlüsselbranchen des baden-württembergischen Verarbeitenden Gewerbes setzten in den letzten zwei Jahren mit Abstand am häufigsten (68%) personalpolitische Maßnahmen zwecks Reduktion des Arbeitsvolumens ein (vgl. Abbildung 8). In diesem Sektor sind viele Großbetriebe angesiedelt, die negative Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise erfahren haben. Auch die anderen Branchen mit einer überdurchschnittlichen Nutzung solcher Maßnahmen – beispielsweise das Sonstige Verarbeitende Gewerbe (47%), der Handel und der Bereich Reparatur von Kfz (43%) – gehören zu den von der Krise meist betroffenen Bereichen. Eine weitere Frage im IAB-Betriebspanel, ob die eingesetzten personalpolitischen Maßnahmen vollständig oder teilweise als Reaktionen auf die Krise erfolgten, hat wiederum der industriellen Sektor am häufigsten bejaht. In acht von zehn Betrieben der industriellen Schlüsselbranchen Baden-Württembergs war der Einsatz von Maßnahmen eindeutig krisenbedingt, weitere 14% führten diese zum Teil als Reaktion auf die schlechte wirtschaftliche Situation ein (vgl. Tabelle 5). Im gesamten Verarbeitenden Gewerbe sind es 66% bzw. 22%. Im Dienstleistungssektor dagegen hat „nur“ jeder dritte Betrieb personalpolitische Maßnahmen zur Reduktion des Arbeitsvolumens als Reaktion auf die Wirtschaftskrise ergriffen. Im Baden-Württemberg insgesamt sagte immerhin ein Viertel der Arbeitgeber mit Personalmaßnahmen zur Reduktion des Arbeitsvolumens, diese aus anderen Gründen als zur Bewältigung der Wirtschaftskrise eingeleitet zu haben.

Abbildung 8: Anteil der baden-württembergischen Betriebe, die personalpolitische Maßnahmen zur Reduktion des Arbeitsvolumens in Krisenzeiten ergriffen haben – differenziert nach Branche (in %)



Quelle: IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg 2010, IAW-Berechnungen.

* Eingeschränkt statistisch belastbar aufgrund geringer Fallzahlen.

Tabelle 5: Waren personalpolitische Maßnahmen eine Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise? (Anteile der Betriebe in %)

	vollständig	zum Teil	nein
Baden-Württemberg	41	34	24
1-4 Beschäftigte*	44	35	21
5-19 Beschäftigte	41	34	25
20-99 Beschäftigte	37	37	26
100-249 Beschäftigte	36	31	32
250-499 Beschäftigte*	50	18	32
500 u. mehr Beschäftigte*	43	30	27
Verarbeitendes Gewerbe	66	22	11
Schlüsselbranchen	79	14	7
Sonstiges Verarbeitendes Gewerbe	55	29	15
Handel, Reparatur von Kfz	37	40	23
Dienstleistungen	34	40	26
Handwerk	50	29	21

Basis: Betriebe, die mindestens eine personalpolitische Maßnahme in den letzten zwei Jahren durchführten.

Quelle: IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg 2010, IAW-Berechnungen.

* Eingeschränkt statistisch belastbar aufgrund geringer Fallzahlen.

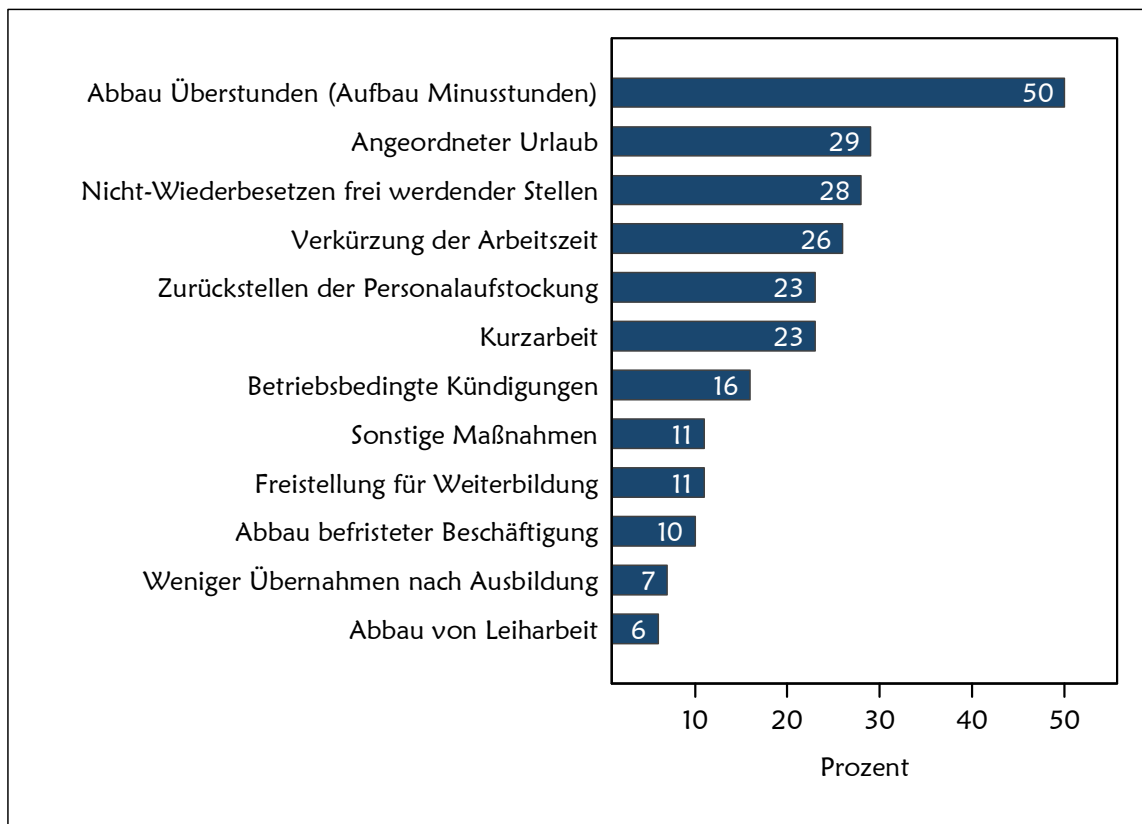
Nun soll gezeigt werden, welche personalpolitische Maßnahmen in Krisenzeiten in Baden-Württemberg besondere Verbreitung fanden. Mit Abstand die meisten Arbeitgeber (50%) ließen das Arbeitsvolumen in ihrem Betrieb über den Abbau von Überstunden bzw. den Aufbau von Minusstunden

auf Arbeitszeitkonten reduzieren (vgl. Abbildung 9). Die sonstigen Maßnahmen können zu zwei Gruppen zusammengefasst werden. Weitere verbreitete Maßnahmen, die von gut einem Viertel der Betriebe oder mehr eingesetzt wurden, umfassen angeordnete Inanspruchnahme von Urlaub, Nicht-Wiederbesetzen frei werdender Stellen, die zeitweise Verkürzung der Arbeitszeit, Zurückstellen der Personalaufstockung sowie Kurzarbeit. Aus diesen fünf Reaktionen sind zwei Maßnahmen auf die Dämpfung der Einstellungsaktivitäten ausgerichtet, was auch im Einbruch der Zahl der Neueinstellungen für das 1. Halbjahr 2009 deutlich zu erkennen war (vgl. Kapitel 2).¹³ Zu weniger verbreiteten Maßnahmen, die von etwa jedem zehnten Betrieb oder weniger ergriffen wurden, gehören die verstärkte Freistellung der Mitarbeiter für Qualifizierung und Weiterbildung, die eingeschränkte Übernahme von Ausbildungsabsolventen sowie der gezielte Abbau von befristeter Beschäftigung und Leiharbeit. Letztere Maßnahme kommt am wenigsten zum Tragen, da nur wenige Betriebe Leiharbeit grundsätzlich, zumeist nur kurzfristig, einsetzen.¹⁴

¹³ Bei immerhin einem Sechstel der Betriebe kam es zu betriebsbedingten Kündigungen. Diese Art der Reduzierung des Arbeitsvolumens hat aber insofern einen anderen Charakter als die vorgenannten personalpolitischen Maßnahmen, als es hier zu einer Freisetzung von Arbeitskräften kommt.

¹⁴ Zum 30.06.2010 waren in nur 3% der baden-württembergischen Betriebe Leiharbeitskräfte beschäftigt. Auch in früheren Jahren seit Aufnahme der Statistik im IAB-Betriebspanel in 2002 bewegte sich der Anteil der Nutzerbetriebe auf vergleichbar niedrigem Niveau. Während zum betreffenden Stichtag im Jahr 2010 in immerhin 7% der baden-württembergischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (und in 11% der dortigen Schlüssel-branchen) Leiharbeitskräfte eingesetzt wurden, lag die entsprechende Quote in den Dienstleistungsbranchen fast durchweg im Bereich von maximal 2%. Dabei zeigt sich auch, dass die Nutzungsquote für Leiharbeitskräfte mit der Betriebsgröße zunimmt. Vgl. hierzu Schröpfer/Behringer/Klee (2011).

Abbildung 9: Personalpolitische Maßnahmen zur Reduktion des Arbeitsvolumens als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise (Anteile der durchführenden Betriebe in %)



Quelle: IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg 2010, IAW-Berechnungen.

Bei den am meisten verbreiteten Maßnahmen – mit Ausnahme der zeitweisen Verkürzung der Arbeitszeit – lässt sich eine Steigerung der Nutzung mit der Betriebsgröße feststellen (vgl. Tabelle 6). Mit steigendem Personalbestand und steigendem Organisationsgrad beim Personalmanagement lässt sich dieses Ergebnis auch gut nachvollziehen. Die auffälligsten Branchenunterschiede bestehen bei der Nutzung der Kurzarbeit, die überwiegend ein „Industriemerkmals“ blieb. Nur gut jeder zehnte Dienstleistungsbetrieb hat in den vergangenen zwei Jahren Kurzarbeit eingeführt. Im Verarbeitenden Gewerbe waren es dagegen 58%, in den Schlüsselbranchen sogar 72%. Alle sechs der in Tabelle 6 aufgeführten personalpolitischen Maßnahmen wurden von den Schlüsselbranchen überdurchschnittlich genutzt.

Maßnahmen, die sich auf eine indirekte Verringerung des Personalbestandes beziehen, sei es durch das Nicht-Wiederbesetzen frei gewordener Stellen oder das Zurückstellen einer geplanten Personalaufstockung, stehen zwar an dritter und vierter Stelle was die Nutzungshäufigkeit angeht, waren aber absolut gesehen nur bei einem vergleichsweise kleinen Teil der Betriebe im Einsatz (28% bzw. 26%). Einerseits hat üblicherweise nicht jeder Betrieb freie Stellen verfügbar, andererseits aber wird

deutlich, dass die betriebsinternen Lösungsmöglichkeiten zur Steuerung des Arbeitsvolumens eindeutig vorgezogen wurden. Der direkten Verringerung des Personalbestandes durch betriebsbedingte Kündigungen, obwohl diese insgesamt in der Wirtschaftskrise erwartungsgemäß zugenommen haben (vgl. Kapitel 2), kam eine noch geringere Bedeutung zu: Nur 16% der baden-württembergischen Betriebe (21% in den Schlüsselbranchen) sahen sich veranlasst, betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen (vgl. Tabelle 7). Somit blieb den Arbeitgebern das Humankapital weitgehend erhalten und sie konnten sich in der darauffolgenden Phase der wirtschaftlichen Erholung flexibel an die schnell steigenden Auftragsvolumina anpassen.

Tabelle 6: Meist genutzte personalpolitische Maßnahmen als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise – differenziert nach Betriebsgröße und Branche (Anteile der durchführenden Betriebe in %)

	A	B	C	D	E	F
Baden-Württemberg	50	29	28	26	23	23
1-4 Beschäftigte*	25	17	22	31	13	14
5-19 Beschäftigte	57	32	23	25	22	20
20-99 Beschäftigte	72	43	43	20	38	39
100-249 Beschäftigte*	82	42	54	11	50	55
250-499 Beschäftigte*	79	40	62	23	38	68
500 u. mehr Beschäftigte*	90	50	65	32	62	51
Verarbeitendes Gewerbe	59	38	33	23	26	58
Schlüsselbranchen	64	48	33	28	26	72
Sonstiges Verarbeitendes Gewerbe*	54	28	33	17	26	43
Handel, Reparatur von Kfz*	48	31	30	27	20	11
Dienstleistungen	45	26	27	22	26	11
Handwerk	53	25	20	26	20	29

A: Gezielter Abbau von Überstunden oder Plusstunden oder Aufbau von Minusstunden auf Arbeitszeitkonten; B: Angeordnete Inanspruchnahme von Urlaub; C: Nicht-Wiederbesetzen frei werdender Stellen; D: (Zeitweise) Verkürzung der Arbeitszeit (nicht Kurzarbeit); E: Zurückstellen einer geplanten Personalaufstockung; F: Einsatz von Kurzarbeit.

Basis: Betriebe, die personalpolitische Maßnahmen teilweise oder vollständig als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise durchgeführt hatten.

Quelle: IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg 2010, IAW-Berechnungen.

* Eingeschränkt statistisch belastbar aufgrund geringer Fallzahlen.

Tabelle 7: Sonstige personalpolitische Maßnahmen als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise – differenziert nach Betriebsgröße und Branche (Anteile der durchführenden Betriebe in %)

	A	B	C	D	E	F
Baden-Württemberg	16	11	11	10	7	6
1-4 Beschäftigte*	13	17	9	5	2	0
5-19 Beschäftigte	11	6	11	6	6	6
20-99 Beschäftigte	31	13	13	21	17	10
100-249 Beschäftigte*	27	10	30	40	19	40
250-499 Beschäftigte*	54	10	22	50	20	38
500 u. mehr Beschäftigte*	13	18	50	50	30	46
Verarbeitendes Gewerbe	19	5	11	23	12	13
Schlüsselbranchen	21	3	17	33	11	19
Sonstiges Verarbeitendes Gewerbe*	17	7	6	14	14	7
Handel, Reparatur von Kfz*	10	13	11	6	9	7
Dienstleistungen	15	12	15	5	3	1
Handwerk	16	8	4	9	14	7

A: Betriebsbedingte Kündigungen; B: Sonstige personalpolitische Maßnahmen zur Reduzierung des Arbeitsvolumens; C: Verstärkte Freistellung für Qualifizierungsmaßnahmen und Weiterbildung; D: Gezielter Abbau befristeter Beschäftigung; E: Eingeschränkte Übernahme von Ausbildungsabsolventen; F: Gezielter Abbau von Leiharbeitskräften.

Basis: Betriebe, die personalpolitische Maßnahmen teilweise oder vollständig als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise durchgeführt hatten.

Quelle: IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg 2010, IAW-Berechnungen.

* Eingeschränkt statistisch belastbar aufgrund geringer Fallzahlen.

5 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Nachdem die baden-württembergische Wirtschaft nach vier Jahren Wachstum im Jahresverlauf 2008 in eine rezessive Phase übergang, kam es 2009 zu dem bisher stärksten Einbruch in der Wirtschaftsleistung des Landes. Dabei ging das reale Bruttoinlandsprodukt um nicht weniger als 7,1% zurück. Überraschenderweise beschränkte sich der bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu verzeichnende Rückgang jedoch auf 0,8%. Das ist deutlich weniger als das, was man mit Blick auf frühere Rezessionen erwarten durfte. Vor diesem Hintergrund wurde in der vorliegenden Studie untersucht, in welchem Maße die baden-württembergischen Betriebe von der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 betroffen waren und welche personalpolitische Anpassungsmaßnahmen sie aufgrund der eingetretenen Auftrags- und Umsatzeinbrüche durchgeführt haben. Die entsprechenden Analysen erfolgten auf der Basis von Daten aus dem IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg.

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 auf die baden-württembergischen Betriebe waren keineswegs so flächendeckend wie man vielleicht vermuten könnte. So gab allein die Hälfte der in der repräsentativen Erhebung befragten Betriebe an, für sich keine krisenbedingten Effekte wahrgenommen zu haben. Überaus stark von der Krise betroffen waren dagegen die indust-

riellen „Schlüsselbranchen“ des Landes, insbesondere die Automobilindustrie und der Maschinenbau, die viele große und international agierende Betriebe haben. Weniger, aber immer noch überdurchschnittlich stark traf die Rezession den Handel, im Gegensatz zum restlichen Dienstleistungssektor, dessen Umsatz ja oftmals nicht so konjunkturreegibel ist. Insgesamt wurden exportorientierte Betriebe viel stärker vom konjunkturellen Einbruch in Mitleidenschaft gezogen als andere Betriebe. Dies ist nicht überraschend, wenn man bedenkt, dass im Jahr 2009 der Welthandel um fast ein Viertel einbrach. Der Anteil der krisenbedingten Betroffenheit legt mit steigender Betriebsgröße zu und erreicht bei Betrieben ab 250 Mitarbeitern etwa 60%. Dabei kommt der Umstand zum Tragen, dass mit steigender Betriebsgröße auch die Exportorientierung zunimmt.

Bei den von der Krise betroffenen Betrieben sehen 9 von 10 für sich per Saldo negative Auswirkungen, wie Umsatzeinbußen. Überwiegend positive Effekte machen nur 5% der baden-württembergischen Betriebe geltend. Dahinter dürften sich insbesondere Vorteile aus staatlichen Konjunkturprogrammen verbergen. Darauf deutet nicht zuletzt der hohe Anteil von Positivbewertungen in der Bauindustrie (15%) hin, eine Branche, die von bundes- und landesseitigen Konjunkturpaketen profitieren konnte. Zum Ausmaß der für die meisten Betriebe doch negativen Kriseneffekte befragt, zeigte sich für das Verarbeitende Gewerbe – vor allem für die industriellen Schlüsselbranchen – erwartungsgemäß eine stärkere negative Betroffenheit als für den Dienstleistungssektor.

Im Sommer 2010 hatte jeder zehnte baden-württembergische Betrieb, der während der Rezession negative Auswirkungen vermeldete, die Krise bereits überstanden, weitere 62% befanden sich immerhin schon auf dem Erholungspfad. Die diesbezügliche Einschätzung der baden-württembergischen Betriebe deckt sich insoweit mit der betreffenden bundesweiten Bewertung. Insgesamt zeigt sich damit der ausgesprochen kurzfristige Charakter dieser Rezession. Dies gilt für die kleineren Betriebe allerdings nur in eingeschränktem Maße, steckte Mitte 2010 doch immerhin noch ein Drittel der Kleinbetriebe in der Krise. Dagegen konnten große bzw. exportorientierte Betriebe die Krise schnell überwinden, wobei hier insbesondere das Wiedererstarken des Welthandels im Jahr 2010 zum Tragen gekommen sein dürfte. Die Gruppe der Betriebe, die besonders stark unter der Krise zu leiden hatte, konnte die Rezessionsphase also am schnellsten hinter sich lassen.

Was die Personalfuktuation in den betreffenden Krisenjahren angeht, so übertrafen in den baden-württembergischen Betrieben 2009 (1. Halbjahr) erstmals seit Jahren wieder die Personalabgänge die Personaleinstellungen, wobei sich dieses Verhältnis bereits im Folgejahr 2010 wieder umkehrte. Die Untersuchung zeigt aber, dass die krisenbedingte Anpassung des Arbeitsvolumens durch die

Betriebe oftmals nicht über Entlassungen, sondern über andere personalpolitische Maßnahmen erfolgte.

Stellt man auf die große Brandbreite der den Betrieben zumindest theoretisch zur Verfügung stehenden personalpolitischen Maßnahmen zur Reduzierung des Arbeitsvolumens ab, dann offenbaren die Befragungsergebnisse, dass lediglich 37% der baden-württembergischen Betriebe in den Jahren 2008 und 2009 eine oder mehrere dieser Maßnahmen durchgeführt haben. In diesem Zusammenhang ist zum einen interessant, dass ja insgesamt knapp die Hälfte der Betriebe über Auswirkungen der Krise auf ihre Geschäftstätigkeit berichtet hatte, und zum anderen, dass von den vorgenannten 37% ein Teil der Betriebe geltend machte, entsprechende personalpolitische Entscheidungen nicht aufgrund der Krise, sondern aus anderen Gründen getroffen zu haben.

Die Verbreitung personalpolitischer Maßnahmen zur Reduzierung des Arbeitsvolumens in Krisenzeiten steigt deutlich mit der Betriebsgröße. Dieser Zusammenhang kommt dadurch zustande, dass Großbetriebe von der Wirtschaftskrise stärker betroffen waren und diese betriebsgrößenbedingt über ein breiteres „Portfolio“ an solchen Maßnahmen verfügen. Dabei konnte sowohl der Größen- als auch der „Kriseneffekt“ in der branchenbezogenen Auswertung nachgewiesen werden. So setzten gerade die industriellen Schlüsselbranchen mit Abstand am häufigsten entsprechende personalpolitische Maßnahmen um. In diesen Wirtschaftszweigen sind viele Großbetriebe vertreten, die negative Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise erfahren haben. In acht von zehn Betrieben der Schlüsselbranchen war der Einsatz dieser Maßnahmen eindeutig krisenbedingt, im gesamten Verarbeitenden Gewerbe war es nur zwei Drittel, im Dienstleistungssektor sogar nur ein Drittel der Betriebe.

Fragt man nach einzelnen personalpolitischen Maßnahmen in Krisenzeiten, so reduzierten in Baden-Württemberg die meisten Arbeitgeber (50%) das Arbeitsvolumen über den Abbau von Überstunden bzw. den Aufbau von Minusstunden auf Arbeitszeitkonten. Bei einem knappen Viertel bis zu einem knappen Drittel der Betriebe umfassten die Maßnahmen angeordneten Urlaub, das Nicht-Wiederbesetzen frei werdender Stellen, die Verkürzung der Arbeitszeit, das Zurückstellen der Personalaufstockung und die Umsetzung von Kurzarbeit. Aus diesen fünf Reaktionen sind zwei Maßnahmen auf die Dämpfung der Einstellungsaktivität ausgerichtet, was auch im Einbruch der Neueinstellungen für das erste Halbjahr 2009 deutlich erkennbar war. Zu weniger verbreiteten Maßnahmen, die jeweils höchsten von jedem zehnten Betrieb ergriffen wurden, zählen die Freistellung der Mitarbeiter für Qualifizierung und Weiterbildung, die eingeschränkte Übernahme von Ausbildungsabsolventen sowie der gezielte Abbau von befristeter Beschäftigung und Leiharbeit. Letztere Maßnahme konnte

allein schon deshalb nicht allzu stark zum Tragen kommen, da nur wenige Betriebe Leiharbeit einsetzen. Die auffälligsten Branchenunterschiede bestehen bei der Nutzung der Kurzarbeit, die überwiegend ein „Industriemerkmal“ blieb. Nur gut jeder zehnte Dienstleistungsbetrieb hat 2008 oder 2009 Kurzarbeit eingeführt. Im Verarbeitenden Gewerbe waren es dagegen 58%, in den Schlüsselbranchen sogar 72%.

Der Reduktion des Arbeitsvolumens durch betriebsbedingte Kündigungen kam – obwohl sie in der Wirtschaftskrise erwartungsgemäß zugenommen haben – eine vergleichsweise geringe Bedeutung zu: Nur ein Sechstel der baden-württembergischen Betriebe (und 21% in den Schlüsselbranchen) sah sich veranlasst, betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen. Somit blieben den Arbeitgebern ihre eingearbeiteten Arbeitskräfte weitgehend erhalten und sie konnten sich in der darauffolgenden Phase der wirtschaftlichen Erholung relativ flexibel an die schnell steigenden Auftragsvolumina anpassen.

Literaturverzeichnis

- Arndt, C. und R. Krumm (2011): Internationale Übertragung von Konjunkturzyklen – Zur empirischen Evidenz ausgewählter Transmissionskanäle für Baden-Württemberg (IAW Policy Report), Tübingen.
- Bellmann, L. (2002): Das IAB-Betriebspanel – Konzeption und Anwendungsbereiche, in: Allgemeines Statistisches Archiv Nr. 86, 2, S. 177-188.
- Bellmann, L. / Kohaut, S. / Lahner, M. (2002): Das IAB-Betriebspanel – Ansatz und Analysepotenziale, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 250, S. 13-20.
- De la Croix, M. und M. Macek (2010): Bauwirtschaft und Konjunkturpakete – eine Halbzeitbilanz, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2010, S. 24-29.
- Dispan, J., A. Koch, R. Krumm und B. Seibold (2011): Strukturbericht Region Stuttgart 2011. Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung – Schwerpunkt: Umweltwirtschaft und Maschinenbau, Stuttgart und Tübingen.
- Krumm, R. und H. Strotmann (2009): IAW-Wirtschaftsmonitor Baden-Württemberg 2009. Zur Positionierung des Landes im nationalen und internationalen Standortwettbewerb, Tübingen.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2009): Im Sog der Weltrezession, Essen.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2009): Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen (Jahresgutachten 2009/10), Wiesbaden.
- Schröpfer, St., J. Behringer und G. Klee (2011): Beschäftigung von Zeitarbeitskräften in Baden-Württemberg: Ausmaß und Entwicklung seit der Krise – Eine empirische Analyse auf der Basis des IAB-Betriebspanels (IAW-Kurzbericht 5/2011), Tübingen.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2010): Wirtschafts- und Sozialentwicklung in Baden-Württemberg 2010/2011, Stuttgart.
- TNS Infratest Sozialforschung (2010): IAB-Betriebspanel (Welle 18), Arbeitgeberbefragung 2010, Beschäftigungstrends Baden-Württemberg (elektronische Ergebnistabellen).

Anhang: Zur Datenbasis – Das IAB-Betriebspanel Baden-Württemberg

Mit dem IAB-Betriebspanel existiert seit 1993 für West- und seit 1996 für Ostdeutschland ein Panel datensatz, der auf der Grundlage von rund 16.300 auswertbaren Betriebsinterviews aus dem Jahr 2010 eine umfassende und fundierte Analyse verschiedenster Aspekte des Arbeitsnachfrageverhaltens auf der Ebene einzelner Betriebe erlaubt (vgl. auch Bellmann et al. 2002, Bellmann 2002). Seit dem Jahr 2000 wurde die Zahl der von der TNS Infratest Sozialforschung zum Thema „Beschäftigungstrends“ befragten Betriebe in Baden-Württemberg vorwiegend aus Mitteln des baden-württembergischen Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft auf rund 1.200 Betriebe (2010: 1.214 auswertbare Interviews) aufgestockt, so dass seither auch repräsentative landesspezifische Strukturanalysen des Arbeitsmarktgeschehens möglich sind.

Ziel dieses erweiterten Panels ist es, nach Branchen und Größenklassen differenzierte Informationen und Erkenntnisse über das wirtschaftliche Handeln sowie das Beschäftigungsverhalten der Betriebe in Baden-Württemberg zu gewinnen, um damit den wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Akteuren im Land eine empirisch fundierte Basis für problemadäquates Handeln bieten zu können.

Grundgesamtheit des IAB-Betriebspanels sind sämtliche Betriebe, die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Während andere betriebsbezogene Datengrundlagen sich häufig auf ausgewählte Branchen (z.B. den industriellen Sektor) oder aber Betriebe einer bestimmten Größe beschränken müssen, ist das IAB-Betriebspanel wesentlich breiter angelegt und ermöglicht mit nur geringen Ausnahmen¹⁵ Aussagen über die Gesamtheit aller Betriebe. Die geschichtete Stichprobe basiert auf der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit. Da es sich dabei um eine vollständige Datei sämtlicher Betriebe mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten handelt, stellt sie die beste Grundlage für die Stichprobenziehung von Betriebsbefragungen dar. Die Zahl der auswertbaren Interviews ist mit über 70% deutlich höher als in zahlreichen vergleichbaren Studien.

¹⁵ Lediglich Betriebe ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie private Haushalte mit weniger als fünf sozialversicherungspflichtig Beschäftigten werden im IAB-Betriebspanel nicht erfasst.